

Deputation für Bildung

(staatlich)

Sitzungsprotokoll der 24. Sitzung

15. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft 1999 - 2003

Sitzungstag 07.02.02	Sitzungsbeginn 10.00 Uhr	Sitzungsende 11.00 Uhr	Sitzungsort Rembertiring
--------------------------------	------------------------------------	----------------------------------	------------------------------------

Teilnehmer/innen:

siehe anliegende Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
TOP 2	Genehmigung des Protokolls vom 20.12.01	
TOP 3	Verschiedenes	
TOP 4	Beteiligung Bremens an BLK-Modellversuchen und Förderprogrammen des BMBF- Neue Projekte und Drittmittelakquisition 2001	Vorlage L115
TOP 5	Verlagerung für die Kosten der HausmeisterInnen	Vorlage L116/G163
TOP 6	Nachbewilligungen auf den Haushalt 2002 Finanzierung der Beratungsunterstützung f .d. Projekte "Reformschub" und "Schule u. Partner"	Vorlage L 117
TOP 7	Wettbewerbsaufruf "Entwicklung beruflicher Schulen zu regionalen Berufsbildungs-Kompetenzzentren"	Vorlage L 118
TOP 8	Schulvermeidung Bericht aus Bremerhaven	Vorlage L 119

Herr Senator Lemke eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne Änderung genehmigt.

TOP 2 Genehmigung des Protokolls vom 20.12.01

Herr Buchholz gibt zu TOP 8 eine Anmerkung zur Aussage von Herrn Heilbronn (PR/S Bremen) zu Protokoll:

„Die Äußerung von Herrn Heilbronn, dass niedersächsische Lehrkräfte weniger belastet sind, da sie weniger unterrichteten, ist im Protokoll korrekt wiedergegeben. Der Inhalt ist jedoch überwiegend falsch:

Gy-Lehrer Niedersachsen haben 23,5 Pflichtstunden/Woche

RS-Lehrer Niedersachsen haben 25,5 Pflichtstunden/Woche

G/HS-Lehrer Niedersachsen haben 27,5 Pflichtstunden/Woche. Hinzu kommen bis zu 2 zusätzliche Stunden, die erst 2013 abgegolten werden können (Lebensarbeitszeitkonto) – sofern sie noch nicht 50 Jahre alt sind“.

Das Protokoll vom 20.12.01 wird mit dieser Ergänzung genehmigt.

TOP 3 Verschiedenes

1. Die Antwort auf die Anfrage von Herrn Fries zur **Übersicht der Grund- und Leistungskurse in der gymnasialen Oberstufe** wurde verteilt.

2. Das Antwortschreiben zu einem Briefes des **ZEB zur Grundschulstudentenafel** wurde verteilt. Über den **Stand der Entwicklung der Studentenafel an allgemeinbildenden Schulen** berichtet Herr Senator Lemke: Am 18.9.01 ist der Deputation für Bildung ein Entwurf einer neuen Grundschulstudentenafel vorgelegt worden, der von der Deputation für Bildung zur Kenntnis genommen worden ist. Formulierungen in diesem Entwurf haben zu Missverständnisse geführt. Es seien keine Stundenreduzierungen in den Fächern Mathematik und Deutsch geplant gewesen. Vielmehr sollten entsprechende Anteile in Form von Förder- oder Projektstunden gestaltet werden. Um diese Missverständnisse auszuräumen, werde zur nächsten Sitzung ein überarbeiteter Entwurf für die Studententafeln vorgelegt, der die Klassenstufen 1 bis 10 umfasse. In der Gesamtsumme sollen die Studententafeln um 2 Stunden ausgeweitet werden, damit der Englischunterricht früher einsetzen könne. Außerdem solle die ökonomische Bildung verstärkt und die Kontinuität der Naturwissenschaften verbessert werden. Herr Rohmeyer weist daraufhin, dass das Thema schon im September von der CDU problematisiert wurde ohne jedoch ins Detail zu gehen, da es sich nur um einen Entwurf gehandelt habe. Er regt an, in der Grundschule noch weitere Studententafelverstärkungen in der Grundschule vorzunehmen. Frau Hövelmann weist darauf hin, dass im Protokoll der damaligen Sitzung keine Kontroverse vermerkt sei. Die Grundschularbeit sollte im großen Einvernehmen gestärkt werden, gerade auch vor dem Hintergrund der PISA Ergebnisse. Die SPD werde einen Vorschlag zur Finanzierung vorlegen. Herr Mützelburg schlägt vor, eine offensivere Diskussion über die Modernisierung zu führen, da die Ausweitung der Studententafel auch finanziert werden müsse. Herr Glintenkamp erklärt, dass die CDU schon immer gegen eine Umschichtung von Stunden zu Gunsten von Projektunterricht gewesen sei.
3. Die **statistische Übersicht der beruflichen Schulen im Bundesland Bremen** wurde verteilt.
4. Herr Bürger fragt, ob es bzgl. der Einrichtung des Bildungsganges „Gestaltung und Multimedia“ am Beruflichen Gymnasium in Huchting Schwierigkeiten gebe? Herr Platter antwortet, dass es bei der Anerkennung Probleme mit der Bezeichnung des Bildungsganges gegeben habe, die aber inzwischen beseitigt wurden.

TOP 4 Beteiligung Bremens an BLK-Modellversuchen und Förder- Vorlage L115
programmen des BMBF- Neue Projekte und Drittmittelakquisition 2001

Herr Rohmeyer bedankt sich bei der Behörde, dass so viele Drittmittel akquiriert wurden. Frau Wilts fragt, warum die Bremerhavener Schulen nicht beteiligt wurden. Herr Dr. Möhlenbrock antwortet, dass Bremerhaven in der Vergangenheit und auch in der Zukunft berücksichtigt würden. Nur habe es zufällig in 2001 keine neuen Projekte gegeben. Herr Brumma fragt wann über das Projekt zur Lehrerbildung entschieden werde? Herr Dr. Möhlenbrock antwortet, dass darüber Ende Februar entschieden werde.

Beschluss:

Die Deputation für Bildung nimmt den Bericht über die Beteiligung Bremens als BLK- und Bundesprogrammen sowie die Ergebnisse der Drittmittelakquisition in 2001 zur Kenntnis. Sie bittet den Senator für Bildung und Wissenschaft um regelmäßige Berichterstattung zu neuen Bremer Drittmittelprojekten im Bildungsbereich.

TOP 5 Verlagerung für die Kosten der HausmeisterInnen Vorlage L116/G163

Herr Mützelburg fragt nach dem Sachstand für Reinigungskräfte. Herr Meinken antwortet, dass die Eigenreinigung weiterhin durch das Bildungsressort organisiert werde. Die FMB ist ergänzend tätig und für die Fremdreinigung zuständig.

Beschluss:

Die Deputation für Bildung stimmt der Nachbewilligung für die Finanzierung der Hausmeisterdienstleistung zu.

TOP 6 Nachbewilligungen auf den Haushalt 2002 Finanzierung der Vorlage L 117
Beratungsunterstützung f .d. Projekte "Reformschub" und
"Schule u. Partner"

Herr Fries fragt, ob es vorgesehen ist, für die Projekte in 2002 weitere Gelder auszugeben. Herr Meinken verneint dieses. Frau Jansen fragt, ob die Gelder aus dem städtischen oder Landeshaushalt gezahlt werden? Frau Moning antwortet, dass es sich um Landesmittel handele, die aus den Rücklagen genommen werden. Herr Mützelburg fragt, wie die kommunalen Aktivitäten finanziert werden? Herr Meinken antwortet, dass diese Aktivitäten kommunal finanziert werden. Herr Mützelburg fragt, wo das Kosten-Controlling-Verfahren angesiedelt sei, damit festgestellt werden kann, ob die Maßnahmen auch wirklich zu Einsparungen führen. Herr Meinken antwortet, Ziel sei die Einhaltung des Haushaltsvolumens. Das Controlling-Verfahren finde im Rahmen des Haushaltscontrollings statt.

Beschluss: (Gegen 1 Stimme von Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Die Deputation für Bildung stimmt der o.g. Nachbewilligung zu.

TOP 7 Wettbewerbsaufruf "Entwicklung beruflicher Schulen zu regi- Vorlage L 118
onalen Berufsbildungs-Kompetenzzentren"

Herr Rohmeyer fragt, ob die Vorlage auch der Deputation für Arbeit vorgelegen hat bzw. auch zukünftig beim Komplex „Entwicklung beruflicher Schulen zu Kompetenzzentren“ vorgelegt wird? Herr Platter antwortet, dass die Abstimmung mit dem Senator für Arbeit sehr eng erfolgt sei, damit es z.B. auch auf europäischer Ebene keine Probleme bei der Umsetzung gebe. Auch zukünftig werde ressortübergreifend mit dem Senator für Arbeit und dem Senator für Wirtschaft zusammengearbeitet werden. Herr Mützelburg fragt, ob die Weiterentwicklung der Schulen gesichert sei und es nicht nur zu einer Anpassung im Sinne des Strukturwandels der Wirtschaft komme und ob weitere Schulen einbezogen werden. Herr Platter erläutert, dass auch an die inhaltliche Entwicklung der Schulen gedacht werde. Zur Absicherung werde ein Gutachten vom Landesausschuss für Berufs- und Weiterbildung in Auftrag gegeben. Herr Bürger fragt ob eine kostendeckende Finanzierung von Weiterbildungsangeboten geplant sei und nach der Begründung der eigenen Angebote, da als oberstes Ziel eine Kooperation mit freien Trägern angestrebt sei. Herr Platter bestätigt beide Fragen. Nur wo es keine oder unzureichende Weiterbildungsangebote gebe, sollen in Abstimmung mit Arbeit und Wirtschaft Angebote organisiert werden (z. B. Lebensmitteltechnologie am SZ Rübekamp). Herr Brumma lobt das Konzept, da es ein sinnvoller Weg zur Eigenständigkeit von Schulen sei. Er fragt, ob der Zeitrahmen eingehalten werden könne und wie hoch die ESF-Mittel seien. Herr Platter antwortet, dass die Umsetzung voraussichtlich wie geplant bis Mitte Mai abgeschlossen werden könne. Die ESF- Mittel belaufen sich auf 650.000 Euro. Herr Ochs (PR-Sch) fragt , wie weit auch die allgemeinbildenden Schulen einbezogen werden. Herr Senator Lemke sagt zu, diese Frage im Zusammenhang mit der Vorlage „Schule als eigenständige Institution“ die in der nächsten Sitzung auf der Tagesordnung stehe, zu beantworten.

Beschluss:

Die Deputation für Bildung nimmt den Wettbewerbsaufruf im Rahmen des Pilotprojektes „Entwicklung beruflicher Schulen zu regionalen Berufsbildungszentren / Kompetenzzentren“ zur Kenntnis.

TOP 8 Schulvermeidung Bericht aus Bremerhaven Vorlage L 119

Herr Fries kritisiert, dass im Grundschulbereich keine Präventionsmaßnahmen geplant seien. Herr Rohmeyer fragt, was wird in Bremen gegen „vagabundierende Jugendliche“ gemacht

werde. Herr Lückert weist auf ein ähnliches Projekt in Walle in Zusammenarbeit mit der Polizei hin. Frau Wilts fragt nach den Schwerpunkten der Maßnahmen in der Sek. I insbesondere in der Hauptschule und weist auf die Sitzenbleiberproblematik hin. Herr Lückert weist auf die Klassenlehrerstunden für Hauptschulklassen hin, die Erfahrungen damit werden in ein neues Hauptschulkonzept eingearbeitet, dass zur Zeit erarbeitet werde. Ein Handlungsleitfaden zur Prävention von Schulvermeidung befinde sich z. Zt. im Druck. Es werde zum Ende des Schuljahres einen neuen Bericht geben. Herr Senator Lemke erklärt, dass zuwenig gefördert und zuviel aussortiert werde. Die Zahl der Schulverweigerer sei viel zu hoch. Schule müsse hier mehr tun aber auch die Eltern müssen stärker eingebunden werden, auch über Sanktionsmöglichkeiten müsse man nachdenken. Herr Kohle (PR-Sch Bhv) begrüßt die Ansätze und berichtet über die Werkstattschule Bremerhaven, die prinzipiell gut laufe, jedoch auch Probleme habe. So sei z.B. keine Kantine und zuwenig Nachmittagsbetreuung vorhanden.

Beschluss:

Die Deputation für Bildung nimmt Kenntnis.

Senator

Sprecher

Protokollantin